

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/131

12. Juli 1972

Bevölkerungsexplosion gefährdet alle!

Die Entwicklungshilfe muß die Familienplanung ermöglichen

Von Dr. Erhard Eppler MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des Beratenden Ausschusses beim Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Unsere Argumente sind stärker als das große Geld

"Unions"-Wahlkämpfer verfügen über mehr als 100 Millionen DM

Von Holger Börner MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seite 3 / 30 Zeilen

Engagement für die Rundfunkfreiheit

Eine Million Absagen an Franz Josef Strauß

Von Dr. Peter Glotz MdL
Stellv. Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Seite 4 und 5 / 73 Zeilen

Fahrerproblem: Tanken auf Autobahnen

Wieder Schwierigkeiten beim starken Urlaubsverkehr

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Verkehrsausschusses im Deutschen Bundestag

Seite 6 und 7 / 53 Zeilen

Bevölkerungsexplosion gefährdet alle!

Die Entwicklungshilfe muß die Familienplanung ermöglichen

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Mitglied des Beratenden Ausschusses beim
Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen

Nach dem Statistischen Jahrbuch der Vereinten Nationen für 1971 lebten auf der Erde Mitte 1970 rund 3,632 Milliarden Menschen. Man mag diese Zahl anzweifeln, denn in manchen Entwicklungsländern gibt es keine zuverlässigen Angaben über die Zahl der Bewohner. Sogar in einem nordafrikanischen Land kommt es vor, daß zehn vH. mehr Kinder zur Schule gemeldet werden, als für den betreffenden Jahrgang Geburten verzeichnet waren.

Für das Jahr 2000, zu einer Zeit also, wo der Geburtenjahrgang 1972 noch zur jungen Generation zählen wird, ist mit einer Bevölkerung zwischen sechs und sieben Milliarden zu rechnen; sieben Milliarden, wenn weiterhin wenig zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums geschieht, sechs Milliarden für den - unwahrscheinlichen - Fall, daß wir den Entwicklungsländern beim Kampf gegen die hohen Geburtenraten alle Unterstützung geben, die sie brauchen. Auch dann wird in den nächsten 25 Jahren der Zuwachs an Menschen größer sein als die Zahl der Erdbewohner im Jahr 1930.

Lange Zeit ist die Bevölkerungsexplosion verharmlost worden mit dem Hinweis, daß die Produktion von Nahrungsmitteln sich bei- nahe beliebig steigern lasse, wenn man auf neue, halbindustrielle Methoden übergehe. Nicht erst seit der Studie des "Klubs von Rom" wissen wir, daß dies nur ein Bruchteil der Wahrheit ist. Sogar wenn man sieben oder gar 12 Milliarden Menschen füttern könnte, die Ressourcen an Rohstoffen, Energie oder Frischwasser sind ebensowenig unbegrenzt, wie die Belastbarkeit der Weltmeere oder der Luft.

Man mag dem "Klub von Rom" vorwerfen, er male an einigen Stel-

len zu schwarz. Was aber die Bevölkerungsvermehrung angeht, ist eher das Gegenteil richtig. Er setzt in einige seiner Rechnungen eine Begrenzung der Bevölkerungszahl voraus, die in keinem Fall erreichbar ist. Erreichbar ist, daß gegen Ende der 70er Jahre und in den 80er Jahren die Fruchtbarkeitsrate, also die Zahl der Kinder je gebärfähiger Frau, langsam abnimmt. Da aber bis dahin die Zahl der gebärfähigen Frauen in den Entwicklungsländern etwa doppelt so groß sein wird wie in den 50er Jahren, bedeutet dies noch lange kein Ende der Bevölkerungsexplosion.

Was bedeutet dies für die Entwicklungshilfe? Sie muß helfen, die Bedingungen dafür zu schaffen, daß Familienplanung möglich wird. Arbeitslose, sozial ungesicherte Analphabeten werden nie etwas anderes hervorbringen als noch mehr arbeitslose, sozial ungesicherte Analphabeten. Daher konzentriert sich unsere Entwicklungshilfe immer mehr auf mehr Beschäftigung, angemessenere Erziehung und bessere Ernährung, vor allem aber auf die Mobilisierung des Selbsthilfewillens. Nur wo Menschen ihre eigene Lage begreifen, wo sie einen Ausweg aus der Armut suchen, bekommt auch Familienplanung eine Chance.

Familienplanung ist so wenig ein Ersatz für Entwicklungshilfe wie Entwicklungshilfe Ersatz für Familienplanung sein kann. Entwicklungshilfe muß Familienplanung möglich machen. Und erst wo Familienplanung möglich und wirksam ist, können sich die Lebensverhältnisse spürbar verbessern.

Es liegt nicht in unserer Hand, die Bevölkerungszahl auf dieser Erde im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte zu stabilisieren. Aber es liegt in unserer Hand, ob unsere Kinder, wenn sie älter sind, diesen Erdball mit acht oder mit vierzehn Milliarden Menschen werden teilen müssen. Allein dies müßte uns einige Anstrengungen wert sein. Daß die Aufstockung der Mittel für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen im Haushaltsausschuß des Bundestages an den Stimmen der Opposition scheiterte, zeigt, wie weit wir von dieser Einsicht noch entfernt sind. (-/ee/12.7.1972/bgy)

Unsere Argumente sind stärker als das große Geld

"Unions"-Wahlkämpfer verfügen über mehr als 100 Millionen DM

Von Holger Börner MdB

Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

"Geld gegen Argumente" ist anscheinend das interne Wahlkampf-Motto der CDU. Die bundesweite Anzeigenaktion gegen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung vom Dienstag und die hemmungslose Materialschlacht des baden-württembergischen Wahlkampfes zeigen, daß hinter der CDU zahlungskräftige Geldgeber stehen, denen es auf ein paar Millionen mehr oder weniger nicht ankommt.

Die 80 Millionen DM, die der Schatzmeister der CDU, Walther Leisler Kiep, allein für diese Partei öffentlich zuzibt, ist noch längst nicht alles. Die industriefromme Politik der CDU/CSU schlägt sich in erheblichen Spenden nieder, so daß den beiden konservativen Parteien schon jetzt über 100 Millionen DM zur Verfügung stehen dürften.

Wir werden den Arbeitnehmern und allen, die am Funktionieren unserer parlamentarischen Demokratie interessiert sind, klarmachen, wer hinter der mit Schlagworten und Angstmake operierenden Kampagne der Konservativen steckt. Die wenigen Superreichen blasen zum Sturm. Hier nur zwei Beispiele: In Anzeigen eines anonymen "Arbeitskreises Soziale Marktwirtschaft" wird versucht, die SPD in die Nähe des Kommunismus zu rücken. Das Industrieinstitut verschickt Briefe mit einer Kampfbroschüre gegen die Beschlüsse des SPD-Parteitagess zur Steuerreform und empfiehlt deren Verteilung an die Betriebsangehörigen auf Geschäftskosten.

Der SPD stehen neben den öffentlichen Wahlkampfgeldern fast nur die Mittel aus Mitgliedsbeiträgen zur Verfügung. Das Geld der vielen Parteimitglieder kann sich mit dem der wenigen Reichen nicht messen.

Unser Motto kann deshalb nur lauten: "Unsere Argumente sind stärker als das große Geld."

(-/sab/12.7.1972/3gy)

+ + +

Engagement für die Rundfunkfreiheit

Eine Million Absagen an Franz Josef Strauß

Von Dr. Peter Glotz MdB

Stellv. Landesvorsitzender der SPD in Bayern

Was viele nicht mehr für möglich gehalten haben, ist doch noch Wirklichkeit geworden. Es ist gelungen, 13,9 vH. der bayerischen Bürger so sehr für die Rundfunkfreiheit zu interessieren und zu engagieren, daß sie die umständliche Prozedur einer Eintragung in die Listen des Volksbegehrens auf sich nahmen. Damit sind sowohl die Halbherzigen widerlegt, die fürchteten, mit dem Thema Rundfunk könne man keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken - geschweige denn einen Wähler ins Eintragungslokal. Eine gewaltige Abfuhr erhielten aber auch die CSU-Oberen in Bayern, die sich schon sicher wähnten und die Initiatoren des Volksbegehrens mit abschätzig-hämischen Bemerkungen bedachten.

Vielen Menschen in Bayern werden die nun länger und länger werdenden Gesichter dieser Herren ein stilles inneres Vergnügen bereiten; und auch die Union selbst wird sich überlegen, ob sie von Männern wie dem CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Seidl und dem Staatssekretär im Innenministerium, Kiesel, richtig beraten worden ist. Die voreiligen Triumphrufe dieser Politiker stellen ihrer politischen Übersicht jedenfalls kein gutes Zeugnis aus. Die CSU hat in der Rundfunkfrage, erkennbar auch für ihre eigenen Freunde, dilettantische Politik gemacht, und die Bürger haben ihr dafür die Quittung erteilt.

Wie es mit der Rundfunkfreiheit in Bayern weitergegangen wäre, wenn die Bürger nicht in dieser ausreichenden Zahl zu den Urnen gegangen wären, konnte man in der Schlußphase des Volksbegehrens studieren. Auf die Forderung des SPD-Landesvorsitzenden Dr. Hans Jochen Vogel, im Bayerischen Rundfunk noch einmal die Parteien zum Volksbegehren zu Wort kommen zu lassen, hatte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, den bayerischen Querelen in Bonn entrückt, schon positiv reagiert; das Flugzeug, das Strauß nach München transportieren sollte, war schon bestellt. Was dann folgte, zeigt blitzlichtartig das lautlose Zusammenspiel zwischen den CSU-Managern der Parteizentrale und ihren Kollegen in bestimmten Positionen des Rundfunkhauses.

Es ist eindeutig erwiesen, daß Strauß aus dem Rundfunkhaus selbst den Ratschlag erhalten hat, lieber zu schweigen

als zu reden. Fortschrittliche Redakteure des Westdeutschen Rundfunks werden von den Konservativen in Nordrhein-Westfalen als "Haus-Maos" titulierte; im Anklang daran muß man im Bayerischen Rundfunk von "Haus-Goldwaters" sprechen. Diese "Haus-Goldwaters" haben dem CSU-Vorsitzenden klar gemacht, daß er durch ein "Nein" auch die anderen Parteien blockieren kann. Wenn dieses Prinzip Schule macht, wird künftig im Bayerischen Rundfunk nur noch über Themen geredet, die keiner Partei peinlich sind. Armes Bayern!

Nach dem Erfolg des Volksbegehrens ist die CSU nun vollständig ratlos. Neunmalgescheite Juristen raten ihr - und Strauß hat das bereits übereifrig aufgegriffen! -, das beabsichtigte Verbot des privaten Rundfunks in Bayern verfassungsrechtlich anfechten zu lassen. Sie erhoffen, mit einer derartigen Klage, die nur vom Bundesverfassungsgericht entschieden werden könnte, zumindest eine jahrelange Verzögerung des Volksentscheides zu erzwingen, der verfassungsgemäß dem Volksbegehren folgen muß.

Aber auch dieser Versuch, eine von über eine Million Menschen getragene Initiative - notwendig wäre das Signum von 725.000 Bürgern gewesen - mit den Methoden eines Winkeladvokaten tot zu machen, ist kurzsichtig. Ganz abgesehen davon, daß die juristische Aktion vor dem Bundesverfassungsgericht mit Sicherheit scheitern wird; und auch davon abgesehen, daß die CSU ihr eigenes Innenministerium lächerlich macht, das das Volksbegehren ja als verfassungsgemäß hat passieren lassen: Töricht ist dieser Versuch vor allem in politischer Hinsicht. Der Volkssouverän wird erkennen, daß er verschaukelt werden soll, und das wird er sich nicht gefallen lassen. Den Sozialdemokraten könnte dies recht sein; aber da die Demokratie Schaden erleiden würde, sollten die besonnenen Kräfte im konservativen Lager ihre Strategie ernsthaft überdenken.

Kurz und gut: Strauß sollte sich in den nächsten Wochen weniger um die große Politik sorgen und sich stattdessen einmal um die Zauberlehrlinge der bayerischen Landespolitik kümmern - sie zaubern ihm nämlich sonst eine saubere Blamage in die politische Landschaft. (-/sab/12.7.1972/bgy)

+ + +

Fahrerproblem: Tanken auf Autobahnen

Wieder Schwierigkeiten beim starken Urlaubsverkehr

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses im Deutschen Bundestag

Mit Beginn der Reisesaison 1972 tauchte sofort wieder ein schon im vergangenen Jahr an den Tankstellen der Bundesautobahn zu beobachtender Mißstand auf. Auch jetzt bot sich wieder das gleiche Bild: Während des starken Urlaubsverkehrs stauen sich vor Autobahntankstellen mitunter die Fahrzeuge nicht nur vor den Tanksäulen in dem dafür vorgesehenen Raum, sondern weit bis auf die rechte Fahrspur der Autobahn.

Mancher Fahrer würde sicherlich weiterfahren und die übernächste Tankstelle in Anspruch nehmen, wenn er wüßte, wie weit diese entfernt ist. Bekanntlich wird auf der Autobahn nur die nächstfolgende Tankstelle durch Schilder angekündigt. Somit sind Fahrer, wenn das Tanken bevorsteht, auf überfüllte Tankstellen angewiesen, weil sie nicht abschätzen können, ob sie die übernächste Tankstelle noch erreichen. Besonders dann, wenn während der Fahrt längere Zeit keine Zapfsäule in Sicht war, weil die Differenz zwischen zwei Tankstellen etwas länger als die vom Bundesverkehrsminister genannte maximale Entfernung von 25 km ist, wird erfahrungsgemäß auf jeden Fall gewartet. Man weiß eben nicht, wann die nächste Tankmöglichkeit bevorsteht. Die schon vorhandenen, gedruckten Merkblätter und Hinweise über das Tanken an Autobahnen sind in der Regel dann nicht zur Hand, wenn sie gebraucht werden.

Auf meine Anregung, auf den Hinweisschildern nicht nur die nächste, sondern auch die übernächste BAB-Tankstelle anzu-

zeigen, hatte Bundesminister Georg Leber im vergangenen Jahr sofort reagiert: "Ihre Anregung, bei den Ankündigungsschildern für die Autobahn-Tankstellen nicht nur die Entfernung zur nächsten, sondern auch die zur übernächsten Tankstelle anzugeben, ist bereits im Entwurf der neuen 'Richtlinien über die Beschilderung der Nebenbetriebe an den BAB'en' (RBN Ziff. 2.11) vorgesehen."

Soweit, so gut; nur ist leider auch im Sommer 1972 von dieser löblichen Absicht noch nichts zu merken. Die Änderung der "Ortsende-Schilder" ging jedenfalls schneller vor sich.

So bleibt zu hoffen, daß die guten Ratschläge, die von der für die Bundesautobahn-Tankstellen zuständigen Gesellschaft für Nebenbetriebe gegeben werden, aufmerksame Autofahrer zum Befolgen veranlassen. Jeder kann zur schnelleren Abfertigung mithelfen, indem zusätzliche Tankstellen-Leistungen bei Hochbetrieb nur zur Aufrechterhaltung der Fahrtüchtigkeit und Sicherheit verlangt werden. An die Tankstellenpächter wurde appelliert, das Kassieren zu vereinfachen und so weit wie möglich direkt am Fahrzeug zu bewerkstelligen.

Das alles kann helfen, doch sollte jeder Autobahnbenutzer auch die Möglichkeiten zum Tanken außerhalb der Bundesautobahn nutzen. Eine Abfahrt von der BAB zu den oftmals nur ein bis zwei Kilometer entfernten Tankstellen in den Städten und Dörfern kann Zeit und Ärger sparen.

Auf jeden Fall muß in den kritischen Verkehrszeiten vor Tankstellen noch rücksichtsvoller als sonst gefahren werden. Jeder sollte bedenken: Der Stau auf der äußeren rechten Fahrbahn kann seinen Ursprung in den vor den Tankstellen wartenden Fahrzeugen haben. Wenn jeder Verkehrsteilnehmer noch etwas mehr mitdenken würde, könnte manches für alle leichter sein. (-/sab/12.7.1972/bgy)